



Aufmarsch schwedischer Neonazis (im Oktober): Wer im Weg steht, kommt auf die „Todesliste“

SCHWEDEN

„Revolution ohne Gnade“

Eine Terrorwelle von Rechtsradikalen und Neonazis erschüttert das Land. Lange wurde der braune Untergrund verharmlost, nun kämpft die Regierung um Schadensbegrenzung.

Das Leben hätte so schön und beschaulich sein können für Kriminalinspektor Sten Axelsson. Im Angesicht des nahen Ruhestandes dürfte sich der 60-jährige Polizist eigentlich mehr Zeit gönnen für seine inzwischen neun Enkel oder sein Liebhaber-Hobby, ein Triumph-Motorrad, Baujahr 1955.

Stattdessen unterliegt der Kriminalist, der eigentlich Menschen vor Bedrohung und Verbrechen schützen soll, selbst strengsten Sicherheitsvorkehrungen. Sein Haus wird Tag und Nacht überwacht. Seit drei Monaten wagt er nicht mehr, unbezweifelt die Wohnung zu verlassen.

Denn Axelsson hat sich den Ruf des „Nazi-Jägers Nummer eins“ in Schweden erworben. Seit fast fünf Jahren bekämpft der Fahnder in Västerås und der Region Västmanland jede Form von Rechtsradikalismus, vor allem die überall aus dem Boden schießenden Neonazi-Gruppen.

Deshalb zählt der Polizist in der braunen Szene seines Landes zu den meistgehassten Gegnern. Er steht auf einer Liste von fünf „besonders interessanten Personen“, was so viel heißt wie: besonders gefährdet. Alle fünf, Polizisten und Journalisten, werden in Pamphleten gewaltbereiter Neonazis unverhohlen mit dem Tode bedroht: „Es ist an der Zeit für sie, zu er-

fahren, dass sich Patrioten wehren können wie Männer.“

Die düstere Warnung ist durchaus ernst gemeint. Ein unter dem Pseudonym „Peter Karlsson“ arbeitender Journalist, ebenfalls auf der Fünfer-Liste, wurde Ende Juni vor seinem Wohnhaus Opfer einer Autobombe. Karlsson, auf Enthüllungen über die rechtsextreme Szene spezialisiert, erlitt schwere Rückgratverletzungen, so dass er mühsam wieder laufen lernen musste. Sein achtjähriger Sohn, der mit ihm Wagen saß, wurde ebenfalls schwer verletzt.

Der Journalist ist nicht das einzige Opfer. Eine Welle bislang nicht bekannter Gewalt von Rechtsextremisten überzieht seit Monaten das Land.

Ende Mai schossen sich drei Neonazis nach einem Banküberfall in Kisa (Beute: 2,8 Millionen Kronen, rund 610 000 Mark) brutal den Fluchtweg frei und töteten zwei Polizisten. Seit Montag vergangener Woche stehen Tony Olsson, Jackie Arklöv und Andreas Axelsson, alle durch einschlägige Aktivitäten ausgewiesen, unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen in Stockholm wegen Mordes vor Gericht.

Am 12. Oktober wurde der Stockholmer Gewerkschafter Björn Söderberg, 41, an seiner Wohnungstür mit sechs Schüssen in

den Kopf hingerichtet. Der Funktionär hatte einen Kollegen als Neonazi geoutet und wurde wochenlang bedroht. Die Polizei verhaftete drei Rechtsextremisten.

Ende Oktober, Gewerkschaften und Parteien hatten bereits zu Demonstrationen gegen die „rechte Gefahr“ aufgerufen, explodierte vor dem Gewerkschaftshaus in Gävle an der Ostküste eine Bombe. Kurz darauf ging ein Sprengsatz am Haus des bekannten Musikers Mikael Wiehe in Malmö hoch.

Und erst am vorigen Donnerstag durchschossen Unbekannte das Wohnungsfenster des prominenten Journalisten Kurdo Baksi, der Chefredakteur des linken Magazins „Svartvitt“ ist und auf Grund seines Einsatzes gegen den Rassismus als besonders gefährdet galt. „Wir haben den politischen Terrorismus im Land“, bekennt Justizministerin Laila Freivalds.

Auf rund 200 bis 250 Mitglieder schätzt die geheim operierende Sicherheitspolizei (Säpo) den harten Kern der braunen Terroristen, dazu kommen bis zu 2000 Sympathisanten. Viele lernten sich nach Erkenntnissen der Ermittler im Gefängnis kennen und verbrüderten sich dort mit Gewaltverbrechern. Sie organisieren sich in Gruppen wie Nationalsozialistische Front, Arische Bruderschaft oder Schwedische Widerstandsbewegung. Ein Großteil der Extremisten unter dem gelben Hakenkreuz auf blauem Grund vagabundiert nach Erkenntnissen der Säpo allerdings nur in einem „lockeren Netzwerk“ durchs Land und verbündet sich, je nach Gelegenheit, mit Gleichgesinnten.

Die dramatische Zunahme der Gewalt wird begleitet durch lautstarke Nazi-Propaganda. Das Angebot rechtsradikaler Magazine, die ebenso wie extremistische Par-

teien und Organisationen im liberalen Schweden nicht verboten werden können, stieg von 8 noch vor zehn Jahren auf heute wenigstens 26 an, zählte die Soziologin und Kriminologin Helene Löw. Sie sind größtenteils professionell gemacht und an vielen Kiosken offen erhältlich. Die Zahl einschlägiger Webseiten erhöhte sich von einem halben Dutzend vor noch drei Jahren auf inzwischen knapp 40.

Vor allem auf den Internet-Seiten kursieren immer wieder „Todeslisten“ über Gegner, die dem rechten „Kampf im Weg“ stehen. Mal umfassen sie 25, mal 700 Namen. „Es gibt so viele solcher Listen“, räumt Säpo-Generaldirektor Anders Eriksson ein, dass er die Existenz jeder Einzelnen nicht bestätigen will. „Da schrillen nicht immer gleich die Alarmglocken“, heißt es in seinem Amt.

Angesichts solch verharmlosender Einschätzungen fühlen sich Opfer wie der Sänger Wiehe von der Polizei „im Stich gelassen“. Lange vor der Explosion schon war der Liedermacher bedroht worden und hatte dies vergebens der Polizei angezeigt. Nach dem Anschlag erhielten die Ermittler einen anonymen Anruf: „Das nächste Mal töten wir ihn.“

Auch Novin Harsan traut sich nach Einbruch der Dunkelheit kaum noch vor die Tür. Die aus Syrien gebürtige Kurdin steht ebenfalls auf einer Todesliste. Ihr „Steckbrief“ mit Privatadresse, Telefonnummer und Lebensgewohnheiten kursiert im Internet. Ins Blickfeld der Rechtsradikalen geriet die Sozialdemokratin, als sie 1998

Anschläge gegen Ausländer und Homosexuelle hat es auch in der Vergangenheit bereits gegeben. Neu hingegen, sagt die für Demokratie- und Verfassungsfragen zuständige Staatsministerin Britta Lejon, sei „die Kombination von schwerer Gewaltkriminalität, viel Geld und rechtsradikalem Hintergrund“. Viele Schweden wollten das zunächst nicht wahrhaben. Allzu lange wurden Rechtsradikale als pubertierende oder betrunkene Jugendliche verharmlost und ihre Taten als unpolitisch dargestellt. Der braune Terror stelle „keine reelle Bedrohung gegen den Staat“ dar, schrieb noch im letzten Jahr die Säpo in ihren Jahresbericht.

„Nach offizieller Sicht durfte es schwedischen Terrorismus gar nicht geben“, sagt Filmemacher Rolf Wrangnert, „so etwas kam höchstens von außen ins Land.“ Auch Soziologin Löw kritisiert, dass Neo-Nazismus viele Jahre „einfach kein Thema“ war. Und selbst Staatsministerin Lejon räumt inzwischen ein, dass „niemand in der Gesellschaft die Entwicklung ernst genug genommen“ habe.

Für Kriminalfahnder Axelsson gab 1995 der Mord an einem homosexuellen Eishockey-Star den letzten Anstoß, persönlich den Kampf gegen die rechten Gewalttäter aufzunehmen. Der Polizist ent-

sozialismus und Holocaust zu verbessern. Vor allem gelang es dem kämpferischen Ermittler mit seinen Kollegen, Auftritte rechtsradikaler Rockgruppen zu verhindern. Denn die Erfolge der Skinhead-Bands und Nazi-Rocker helfen nach Erkenntnis der Behörden, die braune Bewegung zu finanzieren und jugendliche Sympathisanten zu rekrutieren.

Untersuchungen von Wissenschaftlern ergaben 1997, dass 17 Prozent der männlichen Schüler zwischen 12 und 20 Jahren Fascho-Rock hörten. Neun Prozent aller Schüler dieser Jahrgänge äußerten offen Sympathie für die rassistischen Texte, in denen „eine weiße Revolution ohne Gnade“ propagiert und gegen Ausländer, Juden und Minderheiten gehetzt wird. „Das Problem sind nicht die Nazi-Organisationen“, sagt der Szene-Kenner und Autor Tobias Hübinette, „entscheidend ist die Subkultur.“

Über 300 verschiedene CDs des dumpf-nationalen „White Power“-Rocks sind derzeit über Internet erhältlich, stellte Löw fest. Die erfolgreichste Gruppe, Ultima Thule, erspielte sich binnen kürzester Zeit drei Goldene Schallplatten für hunderttausendfach verkauften Rechts-Rock.

Aufgeschreckt durch die Ereignisse, versucht die Regierung, den Neo-Faschismus zu bekämpfen. Weil rund zehn Prozent aller schwedischen Schüler in Umfragen den Holocaust schlicht leugneten, startete Ministerpräsident Göran Persson persönlich die Initiative „Lebendige Geschichte“. Ein eigens aufgelegtes Buch über den Nationalsozialismus wurde über 300 000 Familien ins Haus geschickt. Im Januar will er mit prominenten Staatsgästen wie dem Briten Tony Blair und Israels Ehud Barak die öffentliche Kampagne fortsetzen.

Um die Welle von Gewalt einzudämmen, müsse notfalls über eine „Reform der Gesetze“ nachgedacht werden, fordert nun Justiz-Staatssekretärin Kristina Rennerstedt. Auch eine Zusammenlegung von Sicherheits- und

Kriminalpolizei, die von Kriminalisten wie Axelsson seit langem gefordert wird, ist nicht mehr ausgeschlossen.

Nur ein Verbot der braunen Organisationen und Publikationen kommt für die Regierung nach wie vor nicht in Frage. „Wir müssen Neonazis effektiv bekämpfen und bestrafen“, sagt Rennerstedt, „und nicht durch ein Verbot in den Untergrund drängen.“

BERNHARD ALBRECHT,
MANFRED ERTEL



Ministerin Lejon

B. LUNGER / DANA PRESS



Anschläge auf Polizisten (im Mai), auf Gewerkschaftshaus (im Oktober): Ernst gemeinte Drohungen

für den Reichstag kandidierte und im Wahlkampf gezielt um Stimmen von Einwanderern warb. „Seitdem lebe ich in ständiger Bedrohung“, sagt Harsan.

Fast täglich erhält sie anonyme Anrufe oder Schmähbrieft, in denen sie als „Einwandererhure“ beschimpft wird. Landesweit bekannt wurde sie nach einem Überfall auf einer Wahlveranstaltung. Ihr blutverschmiertes Gesicht erschien auf vielen Titelseiten.

wickelte im Alleingang ein „Handlungsprogramm“ für seine Dienststelle und die Stationen der Region.

Er suchte Kontakt zu den Führern der Nazi-Gruppen, aber auch zu deren Gegnern. Er vermittelte und drohte – und half so, rechte Anschläge in seiner Gegend zu unterbinden. Axelsson bedrängte Kneipenwirte, Gäste mit Nazi-Sympathien vor die Tür zu setzen, und kooperierte mit Lehrern, um die Schulbildung über National-